

Wortprotokoll zu TOP 43

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

78. Sitzung
9. September 2020

Beginn: 12.21 Uhr
Schluss: 16.47 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD);
zeitweise Andreas Statzkowski (CDU)

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Wir kommen zu:

Punkt 43 der Tagesordnung

Bericht SenIAS – III A 1.7 – vom 03.04.2020
Abräumung von Grundstücken
(Berichtsauftrag aus der 64. Sitzung vom 15.11.2019)
(in der 77. Sitzung am 26.08.2020 zur Sitzung am
09.09.2020 zurückgestellt)

[2570 A](#)
Haupt

Gibt es hier Wortmeldungen? – Herr Ubbelohde!

Carsten Ubbelohde (AfD): Frau Senatorin! Sie erwähnen hier eine aus Ihrer Sicht aktuelle Lage, in der absehbar Reservekapazitäten vorgehalten werden müssen, für einen offenbar von Ihnen erwarteten Zugang von Asylbegehrenden, wie Sie sie nennen, und für einen erhöhten Bedarf bezüglich von Quarantäneunterkünften. Weshalb sehen Sie diese Notwendigkeit und woher kommen diese Erkenntnisse?

Andreas Statzkowski (CDU): Ich bin der Nächste auf der Rednerliste. Ich habe nur eine ganz kurze Sachfrage. Ich hätte gern den Stand zum Thema Fritz-Wildung-Straße gewusst.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann Frau Senatorin, mit der Bitte um Beantwortung!

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS): Ich fange mit der Fritz-Wildung-Straße an: Die weitere Nutzung bis zur Fertigstellung des MUF in der Fritz-Wildung-Straße wird angestrebt und befindet sich augenblicklich, wie bei vielen Dingen, in der Klärung zwischen einerseits der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, der Finanzverwaltung und uns. So viel zur Fritz-Wildung-Straße.

Warum glauben wir, dass wir weitere Kapazitäten brauchen? – Wer sich in den letzten Wochen und Monaten etwas näher mit der Situation in den griechischen Lagern, vor allem Moria, beschäftigt hat, weiß, dass die Menschen dort unter erbärmlichen Bedingungen leben. Wer regelmäßig Zeitungen liest oder sich täglich Nachrichten zu Gemüte führt, wird festgestellt haben, dass dort in der Zwischenzeit alles brennt. Das ist unerträglich. Wir als R2G möchten eine humane Flüchtlingspolitik. Deshalb haben wir schon vor vielen Monaten gesagt – ich nehme jetzt mal den aktuellen Hashtag –: #wir haben platz. Deshalb möchten wir, dass Menschen von diesen Flüchtlingslagern hierher nach Berlin kommen. Viele andere Städte und Kommunen haben Ähnliches gesagt. Wir haben Platz, wir möchten Menschen in Not aufnehmen, und wir werden uns nicht damit abfinden, dass wir heutzutage sehen können, wie Menschen elend verbrennen, verrecken oder im Meer versinken. Wenn wir Menschen hier aufnehmen, brauchen wir Platz. Deshalb haben wir entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Der nächste Punkt: Es soll ja Menschen geben, die nicht an die Pandemie glauben. Ich finde immer, wer glauben will, sollte in die Kirche gehen. – Ich weiß nicht, ob es eine erste, zweite verstärkte Welle gibt, aber ich weiß, dass ich als Sozialsenatorin eine Verantwortung für Menschen habe, die wir unterbringen. Wir haben auch in den Flüchtlingsunterkünften – mir ist ehrlich gesagt egal, wie gut diese Wohnungen denn auch gebaut sind; wir haben ja in der Zwischenzeit auch Wohnungs- und Appartementstruktur – fast immer eine Zwei-Bett-Belegung in einem Zimmer. Da ist es in der Regel nicht möglich, die Mindestabstände einzuhalten. Deshalb haben wir jetzt schon eine Entzerrung eingeleitet, womit wir vor allem dafür gesorgt haben oder Menschen mit einer entsprechenden Vorerkrankung gefragt haben, ob sie in eine andere Unterkunft wollen. Diese Form der Entzerrung brauchen wir, auch für mögliche weitere Ausweitungen dieser Pandemie, die ja nicht ausgeschlossen sind.

Zum Dritten wissen wir alle, diese Welt wird offensichtlich nicht besser und deshalb befinden sich immer mehr Menschen auf der Flucht. Wir können davon ausgehen, dass Menschen in Not auch dieses Land wieder erreichen.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Weitere Wortmeldungen liegen vor. Herr Ubbelohde!

Carsten Ubbelohde (AfD): Vielen Dank! – Die Faktenlage bezüglich des Quarantänebedarfs und der von mir bereits erwähnten epidemiologischen Entwicklung zeigen sehr deutlich, dass es einen solchen von Ihnen befürchteten Bedarf ganz offensichtlich nicht gibt. Das Zweite ist, wenn Sie sagen: Wir haben Platz. –, sagen Sie das eigentlich auch den Menschen, die, wie Sie es auszudrücken pflegen, schon länger hier leben, die nach SGB II einen Anspruch auf eine Wohnsituation haben weit unterhalb dem Quadratmetermietpreis, den Sie für neu zu schaffende Flüchtlingsunterkünfte ansetzen, wie bei den kommenden beiden roten Nummern unter Tagesordnungspunkt 44 und 45, wo Sie von – [Zahl wird nicht genannt, weil sie aus vertraulichem Dokument stammt] – bis – [Zahl wird nicht genannt, weil sie aus vertraulichem Dokument stammt] – und von – [Zahl wird nicht genannt, weil sie aus vertraulichem Dokument

stammt] – ausgehen? Sagen Sie das diesen Menschen, die in diesem Land arbeiten, Wertschöpfung geschaffen haben und die dann oft unverschuldet in solch eine soziale Situation gekommen sind? Sagen Sie denen auch: Wir haben Platz. – oder was ist mit denen? Finden Sie, das ist Ausdruck einer sozialverantwortlichen Politik, diese Prioritäten zu setzen? Internationale Ankommen will ich hier jetzt gar nicht erwähnen, die Sie, und damit mit Ihnen in Koalition, die meisten anderen, die in diesem Raum sitzen, ganz wissentlich brechen und sich darüber hinwegsetzen. Das an dieser Stelle nur einmal dazu.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Ich weise darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 44 und 45 nachher vertraulich behandelt werden, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, und dass dementsprechend Angaben, die aus den Vorlagen hier öffentlich genannt werden, einen Verstoß gegen die Regeln hier bedeuten. Ich bitte, das zu beachten. Das gilt selbstverständlich für alle Kollegen.

Ich habe jetzt weniger Fragen entnommen als Meinungsäußerungen. Möchten Sie trotzdem etwas dazu sagen, Frau Senatorin? – Dann, bitte!

Senatorin Elke Breitenbach (SenIAS): Selbstverständlich! – Die Frage war ja, welchen Leuten ich sage, dass wir Platz haben oder nicht. Das unterscheidet uns beide sehr klar. Ich sage tatsächlich allen Menschen, die in Not sind: Ja, wir haben Platz und wir werden euch helfen. –, denn wir stehen für eine solidarische Stadtgesellschaft. Das unterscheidet uns. Deshalb bringen wir Menschen unter, unabhängig davon, wo sie herkommen, und egal, vor welchem Hintergrund.

Möglicherweise haben Sie es schon mitbekommen, dass wir seit geraumer Zeit – auch das war ein Vorhaben dieser Koalition – eine gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung umsetzen wollen. Wir sind damit jetzt zumindest bei den Piloten. Das würde dann nämlich bedeuten, dass wir in dieser Stadt eine zentrale Stelle haben, bei der alle Unterkünfte, die wir in dieser Stadt haben, zusammenlaufen, wo es Mindeststandards gibt, wo es Verträge gibt und wo wir das alles auch kontrollieren. Das haben wir im Moment nicht. Möglicherweise ist es Ihnen nicht bekannt, bisher ist es so, dass die Soziale Wohnhilfe in den Bezirken die Menschen unterbringt, wenn sie in SGB II sind oder auch in anderen Sozialgesetzbüchern, zumindest den Asylstatus nicht mehr haben, weil ihr Verfahren abgeschlossen ist. Die Bezirke haben sehr unterschiedliche Unterkünfte, die sie nutzen, um die Menschen unterzubringen. Das ist nicht immer gut, weder für den Landeshaushalt noch für die Menschen. Deshalb möchten wir diese Mindeststandards und es ist natürlich auch damit verbunden, dass dann vernünftige Mietpreise bezahlt werden.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Gut. – Bitte sehr, Herr Kollege!

Frank-Christian Hansel (AfD): Ganz kurz: Wir wollen auch eine solidarische Gesellschaft. Nur ist es so, Frau Senatorin, wenn Sie sagen, Sie wollen alle aufnehmen, die in Not sind, dann können Sie das nicht, denn es gibt auf der Welt sehr viel Not. Ich bin mit einem Brasilianer zusammen, Brasilien ist am „abkacken“. Da würden auch gern 200 000 oder 300 000 Leute kommen. Sie können nicht aus Gutmenschlichkeit die Illusion verbreiten, dass Sie alle aufnehmen, die in Not sind auf dieser Welt. Das funktioniert nicht. – Ich bitte darum, das zu protokollieren, in einem Wortprotokoll, damit wir das festhalten.

Stellv. Vorsitzender Andreas Statzkowski: Ich möchte jetzt darauf hinweisen, dass wir über das Thema Abräumung von Grundstücken reden und bitte darum, dass zu dem Tagesordnungspunkt im Zweifelsfall gesprochen wird. – Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. – [Frank-Christian Hansel (AfD): Das mit dem Wortprotokoll haben Sie mitbekommen?] – Wir können das jetzt abschließen. Der Bericht rote Nr. 2570 A ist zur Kenntnis genommen.